

## Niederschrift

### Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung, Brand- und Katastrophenschutz der Gemeinde Zeuthen

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 24.02.2026
<b>Ort:</b>	Mehrzweckraum des Sport- und Kulturzentrums, Schulstraße 4, 15738 Zeuthen
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:00 Uhr

---

#### Anwesenheit

##### **Bürgermeister**

Herr Philipp Martens - DIE LINKE

##### **Ausschussvorsitz**

Herr Holger Pieplow - B'90/Grüne

##### **Gemeindevertreter**

Frau Beate Burgschweiger - SPD

entschuldigt

Herr Klaus-Dieter Kubick - BfZ

entschuldigt

Frau Christine Naumann - SPD

online - Vertretung für Fr. Burgschweiger

Herr Sylvio Rich - CDU

Herr Peter Schulz - DIE LINKE

online

Herr Matthias Tronjeck - BfZ

##### **Sachkundige Einwohner**

Herr Jan Fahlbusch - B'90/Grüne

Frau Gabriele Figge - CDU

Herr Andreas Krahn - BfZ

Herr Nicolas Laurin Plank - SPD

Herr Uwe Tegeler - DIE LINKE

##### **Baum- und Naturschutzbeirat**

Herr Uwe Bruns -

Herr Axel Mieritz -

online

##### **Seniorenbeirat**

Herr Ingo Wiermann -

entschuldigt

##### **Verwaltung**

Herr Richard Schulz -

Frau Sarah Kuscmierz -

Herr Andreas Rau -

##### **Protokoll**

Frau Katja Bluhm -

##### **Gäste**

Frau Juliane Bauer - NABU Dahmeland e.V.

online

Frau Christine Wehle - Wählergemeinschaft Z.U.M Leben

## Niederschrift

### öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung und Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Pieplow eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 Mitglieder anwesend.

Bestätigung der Tagesordnung:

#### Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen <sup>*)</sup>
6	5	5	0	0	0

<sup>\*)</sup>Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

#### 2. Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung am 02.12.2025

keine Einwendungen

#### 3. Informationen aus der Gemeindeverwaltung

Der Bürgermeister berichtet:

##### neue Mitarbeiterin in der Gemeindeverwaltung:

Der Bürgermeister heißt Frau Kuschnierz als neue Mitarbeiterin willkommen. Frau Kuschnierz wird für die nächsten fünf Jahre im Rahmen des Aktionsplans „Natürlicher Klimaschutz“ tätig sein. Die Zusammenarbeit mit ihr wird insbesondere im Bereich des Umweltausschusses von Bedeutung sein.

##### Baumschutzsatzung:

Derzeit wird die Baumschutzsatzung überarbeitet. Ein erster Entwurf ist bereits von der Verwaltung vorgelegt worden, der Baum- und Naturschutzbeirat wird seine Änderungswünsche noch mitteilen. Nach Abschluss der Abstimmungen wird ein überarbeiteter Entwurf dem Umweltausschuss vorgelegt.

##### Mahd-Regime:

Er erläutert weiterhin, dass auch das sogenannte „Mahd-Regime“ in Bearbeitung ist. Ein erster Vorschlag ist von der Verwaltung formuliert worden, auch hier ist man im Austausch mit dem Baum- und Naturschutzbeirat. Ziel ist es, eine gemeinsame Handhabung mit dem Bauhof zu entwickeln.

- ➔ Herr Pieplow erkundigt sich, ob das „Mahd-Regime“ bis zur nächsten Sitzung abgeschlossen ist. Der Bürgermeister erklärt, dass eine Überarbeitung in der neunten Kalenderwoche mit dem Baum- und Naturschutzbeirat vereinbart wurde. Ein weiteres Treffen ist für Anfang März 2026 geplant, um ein abgestimmtes Konzept vorzulegen.

##### Feuerwehr:

Die veraltete Aufwandsentschädigungssatzung wird derzeit überarbeitet. Ein entsprechender Entwurf wird sowohl dem Ausschuss für Umwelt, Brand- und Katastrophenschutz als auch dem Finanzausschuss vorgelegt. Zudem bereitet die Verwaltung derzeit den Fördermittelantrag für einen Rüstwagen vor. Dieser Antrag muss bis Ende März 2026 eingereicht werden, um von der Landesförderung und der Landesbeschaffung profitieren zu können.

#### 4. Einwohnerfragestunde

##### Herrn Nicolas, Einwohner aus Zeuthen:

1. Er hat bei der Vorbereitung der Sitzung festgestellt, dass für den Ausschuss im Jahr 2025 lediglich ein Protokoll existiert, obwohl mehrere Sitzungen stattgefunden haben. Er erkundigt sich, ob Änderungen an der Hauptsatzung oder der Geschäftsordnung vorgenommen wurden.  
➔ Der Bürgermeister erklärt, dass gemäß der Hauptsatzung Protokolle für alle Sitzungen erstellt und online verfügbar sein müssten. Er zeigt sich überrascht über die Aussage, dass für das Jahr 2025 nur ein Protokoll vorliegt, und kündigt an, dies zu überprüfen. Er versichert, dass alle Niederschriften erstellt und in den Ausschüssen beraten wurden und sich im System ALLRIS befinden müssten. Herr Nicolas erhält nach der Überprüfung eine Rückmeldung.
2. Herr Nicolas stellt eine Frage zum Tagesordnungspunkt 6. Er verweist auf ein Verkehrsaudit aus dem Jahr 2021. Er fragt, warum fünf Jahre später, andere Maßnahmen wie die Installation von Mittelinseln und die Abhängung der Elbestraße diskutiert werden, anstatt auf die damaligen Erkenntnisse zurückzugreifen.  
➔ Der Bürgermeister erläutert, dass die aktuellen Maßnahmen auf dem Verkehrsaudit basieren, dass eine vollständige Schließung der Elbestraße empfohlen hat. Nach der Präsentation der Ergebnisse und Varianten des Audits hat sich die Gemeindevertretung für die Einrichtung eines Kreisverkehrs entschieden. Dies wurde jedoch vom Landesbetrieb für Straßenwesen abgelehnt, da es sich um eine Landesstraße handelt und die Gemeinde nicht der Straßenbaulastträger ist.

Auch das Angebot der Gemeinde, Planung und Bau eigenständig zu übernehmen, ist abgelehnt worden. Die Verwaltung setzt nun Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Fünfarmkreuzung um. Weitere Maßnahmen, wie die Installation von Fußverkehrsinseln, dienen der Sicherheit von Fußgängern. Da diese Maßnahmen Auswirkungen auf den Baumbestand haben, ist der Umweltausschuss in die Beratungen einbezogen worden. Zudem hat es Gespräche mit Anwohnern gegeben, bei denen wertvolle Hinweise, etwa zu Parkverboten in der Havelstraße, aufgenommen wurden. Die Gemeindevertretung hat beschlossen, die Abhängung der Elbestraße zunächst für ein Jahr zu testen, um die Auswirkungen auf den Verkehrsfluss zu beobachten.

## **5. Anfragen der Mitglieder des Fachausschusses**

### **Frau Figge:**

1. Sie hat eine Frage bezüglich der roten Kastanienbäume in der Uckermarkstraße. Die Bäume sind teilweise stark gewachsen, durch Stürme umgeknickt, oder schlagen bei starkem Wind gegen Balkone und Erker. Viele Bäume haben Risse, die von oben nach unten verlaufen würden. Frau Figge habe bereits darum gebeten, dass sich die Verwaltung der Angelegenheit annimmt, und erkundigt sich nun nach dem Stand der Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich eines möglichen Rückschnitts oder der Behandlung beschädigter Bäume.
  - ➔ Herr R. Schulz erklärt, dass die Bäume im Rahmen der jährlichen Verkehrssicherheitskontrolle durch eine Fachfirma geprüft werden. Man wird die Situation erneut begutachten und prüfen, ob Rückschnitte der Kronen möglich sind und ob es Gutachteraussagen zu den Rissen gibt.
  - ➔ Herr Bruns ergänzt, dass die Standortwahl für die Bäume möglicherweise nicht optimal war und die Bäume empfindlich auf Rückschnitte reagieren. Er appelliert, bei zukünftigen Pflanzungen Fachleute einzubeziehen, um geeignete Baumarten für die jeweiligen Standorte auszuwählen.
2. Frau Figge plädiert dafür, dass sachkundige Einwohner des Umweltausschusses bei der kommenden Klima-Gemeindevertretersitzung aktiv mit Rederecht teilnehmen dürfen, da sie aufgrund ihrer Expertise einen wertvollen Beitrag leisten könnten.
  - ➔ Der Bürgermeister antwortet, dass ein durchgehendes, aktives Teilnahmerecht gemäß der Kommunalverfassung für sachkundige Einwohner in Gemeindevertretersitzungen nicht vorgesehen ist. Es ist jedoch geplant, im Hauptausschuss über die Möglichkeit erweiterter Ausschüsse zu beraten, um eine breitere Beteiligung zu ermöglichen. Zudem wird er mit Frau Selch besprechen, ob sachkundige Einwohner zu bestimmten Tagesordnungspunkten eingeladen werden können und ihnen das Wort erteilt werden kann.

### **Herr Rich:**

Er möchte wissen, ob während der Bauarbeiten im Forstweg eine Möglichkeit für Fußgänger besteht, die Baustelle zu passieren.

- ➔ Herr R. Schulz erklärt, dass dies in der Bauberatung mit der Baufirma am Donnerstag besprochen wird. Es wird geprüft, ob eine Seite der Baustelle für Fußgänger zugänglich bleiben könnte.

### **Herr Tronjeck:**

1. Er erkundigt sich nach der Anzahl der genehmigten Baumfällungen auf Privatgrundstücken sowie nach unberechtigten Fällungen.
  - ➔ Herr R. Schulz antwortet, dass die Zahlen der genehmigten Fällungen und der festgesetzten Ersatzpflanzungen vorliegen. Zu unberechtigten Fällungen kann er jedoch keine Angaben machen, da diese meist unbemerkt blieben. Herr R. Schulz stellt Herrn Tronjeck die Zahlen zur Verfügung.
2. Herr Tronjeck stellt eine Frage zu den Verkehrszahlen an der 5-Arm-Kreuzung, insbesondere zu den Durchflussmengen und der Nutzung der Fußgängerquerungen.
  - ➔ Herr R. Schulz erklärt, dass keine aktuellen Zählungen der Fußgängerquerungen vorliegen, jedoch sporadische Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt wurden.
  - ➔ Der Bürgermeister ergänzt, dass es laut Studie zur Bahnquerung täglich folgende Zahlen gibt: Forstweg 3.769 Fahrzeuge; Miersdorfer Chaussee entlang 6.366 Fahrzeuge; Friesenstraße 1.577 Fahrzeuge; Miersdorfer Chaussee Richtung Ortszentrum - keine Messungen vorhanden; Forstweg Richtung Schule - keine Messungen vorhanden.

### **Herr Pieplow:**

1. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Gerichtsverhandlung zwischen dem NABU und dem Landesbetrieb Straßenbau am 2. Juli 2026 stattfindet. Somit könnte der Zeitpunkt der Baumaßnahmen in der Seestraße näher rücken. Gibt es bereits ein Umleitungskonzept und wer ist dafür zuständig?
  - ➔ Der Bürgermeister erklärt, dass ein solches Konzept noch nicht erstellt wurde. Der Landesbetrieb für Straßenwesen hat mitgeteilt, dass zunächst das Ergebnis des laufenden Gerichtsverfahrens abgewartet wird. Nach der Genehmigungsplanung, die bereits erteilt worden ist, folgt die Ausführungsplanung, dort werden die Umleitungsstrecken festgelegt, wobei der Landesbetrieb für Stra-

ßenwesen hierfür verantwortlich ist.

2. Der Vorsitzende fragt nach, ob die Gemeinde in diesen Prozess einbezogen wird.  
→ Der Bürgermeister erläutert, dass die Gemeinde involviert ist und angefragt wird, die endgültige Festlegung jedoch beim Landesbetrieb für Straßenwesen liegt.

#### **Herr Fahlbusch**

- Er greift das Thema auf und regt an, frühzeitig auf die Erstellung eines Umleitungskonzepts zu drängen. Er verweist auf die begrenzten Möglichkeiten, den Umleitungsverkehr der L 401 durch den Ort zu führen und betont, dass eine Umleitung durch die Dorfaue und die Schillerstraße keine zufriedenstellende Lösung darstelle. Herr Fahlbusch fragt, ob es möglich ist, Gespräche zu führen, um eine langfristige Planung des Umleitungsverkehrs zu initiieren.
- Der Bürgermeister antwortet, dass er nicht davon ausgeht, dass der Landesbetrieb vor Abschluss des Gerichtsverfahrens mit der Planung beginnt. Er erklärt, dass die Gemeinde in diesem Jahr Entscheidungen zur Schillerstraße treffen muss, insbesondere im Hinblick auf die geplante Abschleifung des Kopfsteinpflasters und eine mögliche grundhafte Erneuerung. Der Bürgermeister berichtet, dass die Vermessung der Schillerstraße in Auftrag gegeben wurde, um ein zielgerichtetes Kostenangebot für das Abschleifen des Kopfsteinpflasters zu erstellen.

### **6 . Querungsanlagen Fußverkehr - L402 Vorlage: BV-004/2026**

Der Bürgermeister führt in die BV-004/2026 ein. Er erklärt, dass die Variante 3 von der Verwaltung favorisiert wird, da sie den geringsten Eingriff in den Baumbestand darstellt. Im Ortsentwicklungsausschuss wurde getrennt über die Varianten abgestimmt, wobei die Variante 3 den Vorzug erhalten hat. Während der Diskussion äußern einige Ausschussmitglieder ihre Bedenken zu den vorgeschlagenen Lösungen. Sie bringen Ideen ein, wie man die Fußgängerüberwege optimieren und besser positionieren kann. Einige Ausschussmitglieder schlagen vor, die Überwege näher an den Kreuzungen anzulegen, um die Sicherheit der Fußgänger zu erhöhen.

Herr Tronjeck und Herr Pieplow favorisieren die Variante 3. Der Bürgermeister schlägt vor, nur die Variante 3 zur Abstimmung zu stellen, da sich bisher niemand für die die anderen Varianten ausgesprochen hat. Zudem schlägt er vor, gesondert über den Punkt 2 abzustimmen. Der Bürgermeister informiert die Anwesenden darüber, dass das Straßenverkehrsamt die Errichtung von Querungsinseln als sicherste Variante für Fußgänger sieht. Der Vorsitzende folgt dem Vorschlag des Bürgermeisters, über die Fußgängerüberwege und über Variante 3 getrennt abzustimmen.

Über 1a und 1b sowie Nr. 3 und 4 des Antrages wurde nicht abgestimmt. Alle Fragen der Ausschussmitglieder wurden beantwortet.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Gemeindevertretung beschließt die Errichtung von zwei Querungsinseln in der Miersdorfer Chaussee sowie im Forstweg entsprechend der als Anlage 1 beigefügten Vorplanung.
  - a) Variante 1
  - b) Variante 2
  - c) Variante 3
2. Die Gemeindevertretung beschließt die Errichtung von zwei Fußgängerstreifen in der Miersdorfer Chaussee sowie im Forstweg entsprechen der als Anlage 2 beigefügten Darstellung.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt mit dem Straßenverkehrsamt und dem Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg die rechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung der Maßnahmen zu klären.
4. Die Maßnahmen sollen möglichst mit Fördermitteln finanziert und im Jahr 2027 umgesetzt werden.

#### **Abstimmungsergebnis Nr. 1 Variante 3: → empfohlen für die GVT**

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen <sup>*)</sup>
6	5	3	1	1	0

<sup>\*)</sup>Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

#### **Abstimmungsergebnis Nr. 2: → empfohlen für die GVT**

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen <sup>*)</sup>
6	5	3	0	2	0

<sup>\*)</sup>Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

### **7 . Beschluss der kommunalen Wärmeplanung für die Gemeinde Zeuthen Vorlage: BV-010/2026**

Herr Rau hält eine Präsentation hierzu.

Die Ausschussmitglieder haben viele Fragen zu verschiedenen Aspekten der Planung. Herr Rau betont, dass die Planung regelmäßig aktualisiert wird.

Herr Tronjeck hat Bedenken bezüglich der Kosten, die für die geplanten Studien anfallen könnten. Er schlägt vor, dass man nach Investoren sucht, die bereit sind, die Finanzierung zu übernehmen. Der Bürgermeister erklärt, dass die Wärmeplanung beschlossen werden soll, dies ist wichtig, um Machbarkeitsstudien durchführen zu können. Herr Bruns fordert, dass konkrete Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden. Herr Rau informiert darüber, dass es die Möglichkeit gibt, mit dem DE-SY zusammenzuarbeiten. Außerdem spricht er über aktuelle Förderprogramme, die in diesem Zusammenhang hilfreich sein könnten.

Alle Fragen der Ausschussmitglieder wurden beantwortet.

**Beschlussvorschlag:**

Die Gemeindevertretung Zeuthen beschließt:

1. den kommunalen Wärmeplan in der vorliegenden Form, mit seinen Bestandteilen Bestandsanalyse, Potentialanalyse, Eignungsgebiete für Wärmenetze, Zielszenario, Maßnahmen und Wärme-wendestrategie siehe Anlage 1\_Kommunaler Wärmeplan der Gemeinde Zeuthen\_022026,
2. Die Umsetzung der Maßnahmen wird unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit gestellt. Über den Umsetzungsstand wird regelmäßig in den zuständigen Gemeindegremien, insbesondere im Ausschuss für Umwelt, Ordnung, Brand- und Katastrophenschutz bzw. im Ausschuss für Ortsentwicklung und Infrastruktur berichtet.
3. Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister die Kommunale Wärmeplanung im Sinne des § 25 WPG fortzuschreiben und zu gegebenem Zeitpunkt zur Beschlussfassung erneut vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis → empfohlen für die GVT**

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen <sup>*)</sup>
6	5	3	1	1	0

<sup>\*)</sup>Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

**8. Vorstellung Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (LK) - Fokus: Streuobst  
Vorlage: IV-006/2026**

Pause von 20:28 Uhr bis 20:38 Uhr.

Der Bürgermeister führt in die IV-006/2026 ein. Frau Kuschmierz stellt sich und das Projekt vor und hält eine Präsentation hierzu. Die Präsentation ist der IV-006/2026 beigefügt.

In der anschließenden Diskussion bringen die Ausschussmitglieder viele Anregungen und Fragen vor. Besonders interessiert sie, wie Ehrenamtliche in das Projekt eingebunden werden können. Außerdem möchten sie wissen, welche Obstsorten ausgewählt werden und wie groß die Fläche der geplanten Streuobstwiese genau sein wird. Frau Kuschmierz beantwortet alle Fragen ausführlich. Sie versichert den Anwesenden, dass sie die angesprochenen Punkte, wie die genaue Flächenmessung und die geplanten Schutzmaßnahmen für die Streuobstwiese, weiter prüfen wird.

Frau Kuschmierz plant, auf geeigneten Flächen Bäume zu pflanzen. Es ist wichtig, diese Flächen vorher genau zu überprüfen, um sicherzustellen, dass die Pflanzung dort möglich ist. Herr R. Schulz gibt Auskunft über die Größe der Flurstücke. Er sagt, dass es möglich ist, eine bestimmte Anzahl von Bäumen zu pflanzen, ohne die bereits vorhandenen Bäume zu gefährden. In der Diskussion wird auch das Thema der Pflege der neuen Bäume angesprochen. Einige Ausschussmitglieder äußern sich, dass eine fachgerechte Pflege durch qualifiziertes Personal notwendig ist, um das Wachstum und die Gesundheit der Bäume zu gewährleisten. Außerdem werden Ideen eingebracht, wie man die Menschen in der Gemeinde aktiv in die Baumpflanzung und -pflege einbinden kann.

**9. Jahresbericht NABU  
Vorlage: IV-101/2025**

Frau Bauer berichtet folgendes:

Die NABU-Gruppe wächst stetig und zahlreiche Maßnahmen und Aktionen im vergangenen Jahr wurden umgesetzt. Frau Bauer erläutert, dass das Jahr mit Gehölzpflegeaktionen und der Anlage von Zauneidechsen-Habitaten im Naturschutzgebiet Höllengrund begonnen hat.

Sie beschreibt, dass auf dem Pulverberg in Abstimmung mit der Gemeinde und der Unteren Naturschutzbehörde Waldkiefern zurückgedrängt wurden, um artenreichen Magerrasen zu fördern. Das anfallende Material wurde für Hecken und Besucherlenkungen verwendet, wobei auch Jugendliche und der Jugendclub eingebunden wurden. Sie betont, dass durch die Entfernung der Streuschicht von Kiefern die Samen der Pflanzen wieder keimen könnten. Ein weiteres Projekt war der sogenannte „Bibersee“ im Heidewinkel. Frau Bauer berichtet, dass Exkursionen zu diesem Gebiet durchgeführt wurden und die Kindergruppe aktiv an der Erhaltung des Staudamms mitgewirkt haben. Sie erwähnt, dass der Damm im Frühjahr illegal entfernt wurde. Der NABU hat daraufhin Maßnahmen ergriffen, um den Wasserstand zu stabilisieren und die Jungtiere des Bibers zu schützen. Sie berichtet zudem von einem toten Biber, der zur Untersuchung ins Institut für Zoo- und Wildtierforschung gebracht wurde.

Frau Bauer berichtet über den Krötenschutzzaun an der L 402, der mit Unterstützung von Kindern und jungen Erwachsenen aufgestellt und betreut wurde. Sie bedauert, dass die Erdkrötenpopulation trotz der Maßnahmen nahezu ausgestorben ist. Sie hebt jedoch erfreuliche Nachweise anderer Amphibienarten wie der Knoblauchkröte hervor. Sie beschreibt, dass höhere Wasserstände in Moorgebieten zur Speicherung von CO<sub>2</sub> und Stickstoff beitragen hat und die Zusammenarbeit mit der Gemeinde bei der Aufstellung von Amphibienschildern positiv verlaufen ist. Im Bereich der Landschaftspflege wurden Brombeeren, Weiden und Traubenkirschen zurückgeschnitten, um die Flächen zu erhalten.

Frau Bauer informiert, dass Kindergruppen durch die Arbeit mit den Schafen für die Kulturlandschaft sensibilisiert wurden. Insgesamt hat der NABU im vergangenen Jahr über 140 Kinder und Jugendliche sowie fast 370 Erwachsene durch Exkursionen und Veranstaltungen erreicht. Sie erwähnt, dass die Schafherde auf 18 Tiere reduziert wurde, um eine Überweidung zu vermeiden. Frau Bauer berichtet über die Kontrolle von Nistkästen, die auch für Kindergruppen genutzt werden. Sie beschreibt, dass die Kindergruppen regelmäßig den Wald erkunden und durch Spiele und Beobachtungen für die Natur sensibilisiert werden. Sie hebt die Bedeutung der Biberaktivitäten im Höllengrund hervor, die zur Förderung von Amphibien und zum Moorschutz beitragen. Sie weist darauf hin, dass der Staudamm auch hier illegal entfernt wurde, was zu einem Verlust des Wassers geführt hat.

Ein weiteres Projekt war die Anbringung von Fledermauskästen im Landesforst Wüstemark, die teilweise bereits besiedelt wurden. Sie informiert, dass der NABU auch an Veranstaltungen wie „Open Streets“ teilgenommen hat und weiterhin Umtriebsaktionen auf der NABU-Wiese durchgeführt wurden. Sie erwähnt, dass Vogelexkursionen gut besucht waren und neue Strukturen für Zauneidechsen angelegt wurden. Frau Bauer berichtet von einer Theatervorführung in Kooperation mit der Gemeinde. Sie erwähnt, dass trotz Trockenheit im Sommer Kammolch-Nachwuchs festgestellt wurde. Sie hebt die Beteiligung des NABU an Demonstrationen und Aktionen der Bürgerinitiative Hankelwald hervor. Auch zum Thema Edeka war der NABU aktiv. Frau Bauer berichtet von einer Frühjahrsblüherpflanzaktion, bei der rund 3.000 Pflanzen wie Buschwindröschen und Wildkrokusse gepflanzt wurden.

## **10 . Aktueller Sachstand Flughafen BER**

Der Bürgermeister erklärt, dass von der Fluglärmkommission eine Auswertung der Deutschen Flugsicherung zum PBN-Verfahren erwartet wird. Diese wird von Herrn Schulz, dem ständigen Vertreter der Gemeinde, beobachtet. Erste Vergleiche von Abflügen mit und ohne PBN-Verfahren haben bereits eine Abweichung gezeigt, weshalb die Gemeinde weiterhin darauf drängt, das Verfahren zu optimieren. Zudem setzt man sich dafür ein, sogenannte Intersection Take Offs zu minimieren und den letzten möglichen Startpunkt um 400 Meter nach vorne zu verlegen. Der Bürgermeister berichtet, dass die Gemeinde in der Arbeitsgruppe Lärmentgelt aktiv ist und gemeinsam mit der Schutzgemeinschaft rechtliche Möglichkeiten prüft, um sicherzustellen, dass die Einführung der neuen Lärmentgeltordnung nicht dazu führt, dass sich der 15-Grad-Knick finanziell lohnt. Erste Prüfungen haben ergeben, dass die Gemeinde möglicherweise nicht klagebefugt ist, weshalb alternative Wege über die Schutzgemeinschaft in Betracht gezogen werden. Er betont, dass die Gemeinde auf verschiedenen Ebenen aktiv ist, jedoch bislang keine positiven Ergebnisse vorweisen kann.

Herr Fahlbusch erläutert, dass eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit seitens der Fluglärmkommission wünschenswert ist, insbesondere in Bezug auf öffentliche Debatten. Er verweist auf Berichte über eine vorgeschlagene 15-minütige Karenzzeit für verspätete Landungen nach Mitternacht. Er regt an, dass die Fluglärmkommission in solchen Fällen klar Stellung beziehen soll. Der Bürgermeister entgegnet, dass die Forderungen aus Berlin, wie die Aufweichung des Nachtflugverbots oder die Diskussion um eine dritte Start- und Landebahn, auf Unverständnis stießen.

Er betont, dass die gemeinsame Luftfahrtbehörde eine Brandenburger Behörde ist und sowohl die Landesregierung als auch der zuständige Minister sich klar gegen solche Vorhaben positioniert haben. Die Fluglärmkommission hat entsprechende Anträge gestellt, um sicherzustellen, dass das Nachtflugverbot strikt eingehalten wird. Die Schutzgemeinschaft wird rechtliche Schritte prüfen, falls an den bestehenden Regelungen Änderungen vorgenommen werden. Abschließend hebt er hervor, dass die Landesregierung und die zuständigen Parlamentarier auf Landesebene die Interessen der betroffenen Gemeinden unterstützen.

## **11 . Straßen- und Bahnlärm in Zeuthen**

Herr Tegeler erklärt, welche Fortschritte es bei der Reduzierung von Bahnlärm gibt und welche Herausforderungen dabei bestehen. Er äußert auch seine Sorgen über die geplante Erhöhung der Geschwindigkeit auf der Hauptstrecke der Deutschen Bahn. Diese Erhöhung könnte dazu führen, dass der Lärm für die Anwohner noch stärker wird. Zudem verweist er auf den zweigleisigen Ausbau des Bahnhof Königs Wusterhausen, der zu einer höheren Zugfrequenz und damit verbundenen längeren Schrankenschließzeiten führen wird. Herr Tegeler erwähnt eine neue Methode zur Schätzung von Verkehrszahlen, die seit November 2023 angewandt wird und bietet an, entsprechende Daten der Gemeindeverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Herr R. Schulz berichtet von den Ergebnissen einer Geschwindigkeitsanzeige im Bereich der Lindenallee, die bereits installiert ist. Er hat vor, weitere Anzeigen anzuschaffen. Damit möchte er mehr Daten über das Verkehrsverhalten sammeln. Zudem berichtet Herr R. Schulz über das Thema Geschwindigkeitsüberwachung. In Zusammenarbeit mit dem Straßenverkehrsamt wurden für das vergangene Jahr bis November Daten zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung erhoben. Er erläutert die gesammelten Daten. Zudem wird über die Herausforderungen, die damit einhergehen, diskutiert. Herr Pieplow weist auf die hohen Kosten hin, die für die Anschaffung eigener Messgeräte anfallen. Herr R. Schulz berichtet, dass die Überlegungen sind, auf die benachbarten Gemeinden zuzugehen, um die Situation eventuell gemeinschaftlich zu verbessern. Ein weiterer Punkt, der zur Sprache kommt, ist die Notwendigkeit, unregelmäßige Kontrollen durchzuführen.

Alle Fragen der Ausschussmitglieder wurden beantwortet.

## **12. Bericht zu Maßnahmen der Klimafolgeanpassung**

Der Bürgermeister erklärt, dass es wichtig ist, die Baumschutzsatzung zu überarbeiten. Bislang gibt es keine Fortschritte bei der Entwicklung eines Maßnahmenplans zur Verschattung. Es soll geprüft werden, ob Projekte in Zusammenarbeit mit der BADC umgesetzt werden können, die durch Ausgleichsmaßnahmen finanziert würden. Der Bürgermeister erläutert weiter, dass die Erfassung von Baumlücken im Gemeindegebiet verbessert werden muss, um das Nachverdichtungspotenzial des Baumbestands zu identifizieren.

Der Bürgermeister berichtet zum Thema Regenwasserhaltung, dass es ein Bündnis der Klimaschutzmanager in der Flughafenregion gibt, die sich regelmäßig treffen. Er schlägt vor, dass die Gemeinden Eichwalde, Schulzendorf und die eigene Gemeinde möglicherweise eigenständig gemeinsame Maßnahmen entwickeln sollten, da die Klimaschutzmanager der Kommunen ohnehin häufig in Abstimmung stehen. Der Bürgermeister erwähnt zudem eine von einer Bürgerin eingebrachte Idee für eine Wiedervernässungsmaßnahme am Heideberg. Diese betrifft eine Fläche unterhalb der Telekom-Fläche, auf der sich alte, inzwischen trockene Gräben und Gewässer befinden. Die Idee ist, diese Flächen miteinander zu verbinden, um Wasserreservoirs zu schaffen und eine Wiedervernässung zu ermöglichen. Derzeit wird geprüft, ob Altlasten auf der Fläche vorhanden sind. Abschließend stellt der Bürgermeister fest, dass es derzeit kein Gesamtkonzept für die Klimafolgeanpassung gibt, sondern dass die Gemeinde auf eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen setzt.

Herr Bruns verweist auf die niederländischen Nachbarn, die in Städten und Kommunen Wettbewerbe initiiert hätten, bei denen Bürger Vorschläge zur Entsiegelung von Pflasterflächen einbringen konnten. Diese Flächen wurden anschließend begrünt, wodurch neue nutzbare Flächen entstanden sind. Herr Bruns schlägt vor, ein ähnliches Konzept in Zeuthen umzusetzen, um Wärmeinseln zu reduzieren und die Bürger aktiv einzubinden. Herr Rich weist darauf hin, dass im Hochlandweg seit längerer Zeit Bäume fehlen, die durch Stürme oder andere Einflüsse verloren gegangen sind. Er regt an, Nachpflanzungen auf den entstandenen Freiflächen vorzunehmen. Der Bürgermeister nimmt die Anregung von Herrn Rich auf und erklärt, dass die Nachpflanzungen im Rahmen des jährlichen Budgets geprüft und in die Planungen aufgenommen werden könnten.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach dem Bearbeitungsstand der Ausgleichsmaßnahmen, die von der BADC durchgeführt wurden. Er fragt konkret, ob es bereits Gespräche oder Maßnahmenvorschläge gab. Der Bürgermeister berichtet, dass der Geschäftsführer der BADC Anforderungen für Maßnahmen übermittelt hat.

Die Maßnahmen müssen nun beschrieben werden und mit der BADC abstimmen, ob diese aus wirtschaftlicher Sicht umsetzbar ist. Der Bürgermeister erklärt, dass die Kriterien, die von der BADC-Mitarbeiterschaft übermittelt worden sind, vorliegen, die Gemeinde jedoch noch keine Rückmeldung gegeben hat. Herr Pieplow schlägt vor, die Kriterien dem Umweltausschuss zur Verfügung zu stellen, um gemeinsam mögliche Maßnahmen zu identifizieren.

## **13. Sonstiges**

Es gibt keine Anfragen der Ausschussmitglieder.

Holger Pieplow  
Ausschussvorsitz

Katja Bluhm  
Schriftführung

---